



Niederschrift

30. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

Sitzungstermin: Donnerstag, 31.08.2017
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 19:21 Uhr
Ort, Raum: Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	
Herr Marcel Piest	SPD	
Herr Claus Wartenberg	SPD	
Herr Klaus Rietz	CDU/ANW	Leitung der Sitzung
Herr Andreas Walter	Bündnis 90/Die Grünen	ab 18:10 Uhr
Herr Jan Kuppert	DIE aNDERE	

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Michél Berlin	DIE LINKE	Vertr. für Herrn Matthias Lack, Fraktion DIE LINKE
--------------------	-----------	---

sachkundige Einwohner

Herr Hans Becker	CDU/ANW
Herr Tino Henning	DIE LINKE
Frau Christel Pflug	Seniorenbeirat
Herr Dr. Gert Zöller	Bündnis 90/Die Grünen

Beigeordneter

Herr Bernd Rubelt	Beigeordneter Geschäftsbereich 4
-------------------	-------------------------------------

Nicht anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Matthias Lack	DIE LINKE	entschuldigt
--------------------	-----------	--------------

zusätzliches Mitglied

Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken	FDP	entschuldigt
Frau Dr. Sylke Kaduk	AfD	nicht teilgenommen

Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	entschuldigt
----------------------	---------------	--------------

sachkundige Einwohner

Frau Elke Lentz	SPD	entschuldigt
Herr Carsten Linke	DIE aNDERE	entschuldigt
Herr Stefan Matz	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Carola Walter	Bürgerbündnis	entschuldigt
Herr Holger Wolinski	SPD	entschuldigt

Gäste

Herr Erik Wolfram	(Bereich Stadtentwicklung) zu TOP 3.1
Herr Dieter Lehmann	(Bereich Stadterneuerung) zu TOP 3.2
Frau Cordine Lippert	(Koordinierungsstelle Klimaschutz) zu TOP 3.5, 3.6
Herr Gregor Weyer	(Geschäftsführer Luftbild-Umwelt-Planung [LUP] GmbH) zu TOP 3.6
Herr Dirk Volkmann	(Bereich Verkehrsentwicklung) zu TOP 3.7, 3.8

Protokoll:
Frau Anhoff

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.6.2017 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 3.1 Effiziente Flächennutzung in Potsdam
Vorlage: 16/SVV/0320
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
+ Neue Fassung des Ea Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.07.17
(Rücküberweisung/ Wiedervorlage)

- 3.2 Wiederverwertung Gebäudeteile Fachhochschule und Plattenbauten Krampnitz
Vorlage: 17/SVV/0296
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
mit Äa Fraktion DIEaNDERE
(Rücküberweisung/ Wiedervorlage)
- 3.3 Potsdam seniorenerecht gestalten
Vorlage: 17/SVV/0452
Fraktion CDU/ANW
GSI, B/Sp., SBV, HA
(Wiedervorlage)
- 3.4 Bebauungsplan Nr. 158 "Am Küssel" (OT Grube), Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 17/SVV/0528
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV (ff), OBR Grube
- 3.5 Strategieplan für Dach- und Fassadenbegrünung in der Landeshauptstadt
Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0532
Fraktion DIE LINKE
SBV, KOUL (ff)
- 3.6 Prozess, Ziele und Strategien des Masterplan 100% Klimaschutz bis 2050
Vorlage: 17/SVV/0537
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
alle OBR
- 3.7 Kennzeichnung von Stadtteilen an Hauptverkehrsstraßen
Vorlage: 17/SVV/0559
Fraktion CDU/ANW
SBV
- 3.8 Ergebnisse Prüfauftrag - Vergünstigungen im Nahverkehr bei erhöhten
Luftschadstoffen
Vorlage: 17/SVV/0517
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
(Mitteilungsvorlage)
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 5 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Herr Rietz, begrüßt die Mitglieder und eröffnet die Sitzung.

**zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.6.2017 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 6 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Gegen die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung vom 22.06.2017 gibt es keine Einwendungen; sie wird mit 4:0:2 Stimmen bestätigt.

Zur Tagesordnung ergehen folgende Hinweise:

Zum TOP 3.3 „Potsdam seniorengerecht gestalten“ (17/SVV/0452) schlägt Herr Rietz für den Antragsteller vor, die bevorstehende Behandlung der Drucksache (DS) im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion (GSI) sowie im Seniorenbeirat abzuwarten und den Antrag bis dahin zurückzustellen.

Den TOP 3.4 „Bebauungsplan Nr. 158 ‘Am Küssel’ (OT Grube), Aufstellungsbeschluss“ (17/SVV/0528) bittet die Fraktion Bürgerbündnis-FDP zurückzustellen, da von dem Ortsbeirat Grube ein Änderungsantrag angekündigt sei, über den die Fraktion noch nicht beraten konnte.

Beide Zurückstellungen werden einstimmig angenommen.

Die Tagesordnung wird mit diesen Änderungen einstimmig angenommen.

Anträge auf Rederecht liegen nicht vor.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Effiziente Flächennutzung in Potsdam

Vorlage: 16/SVV/0320

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

+ Neue Fassung des Ea Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.07.17

(Rücküberweisung/ Wiedervorlage)

Herr Dr. Zöller bringt den Ergänzungsantrag zur Neufassung des bereits in der Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung am 22.6.2017 abgestimmten Antrages ein.

„2. Absatz des Ursprungsantrags wieder einfügen:

Bestehende Grundsatzbeschlüsse wie der Flächennutzungsplan oder die Leitplanung zum Weltkulturerbe sind dabei unverändert zu berücksichtigen.“

Herr Wolfram (Bereich Stadtentwicklung) gibt an, dass die Verwaltung keine Einwendung gegen die Ergänzung hat.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Ergänzungsantrag zur Abstimmung.

2. Absatz des Ursprungsantrags wieder einfügen:

Bestehende Grundsatzbeschlüsse wie der Flächennutzungsplan oder die Leitplanung zum Weltkulturerbe sind dabei unverändert zu berücksichtigen.

Er wird mit 5:0:1 **angenommen**.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung dem Antrag in folgender neuen Fassung zuzustimmen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei Bauvorhaben der Stadt bzw. ihrer nachgeordneten Einrichtungen und Firmen dafür Sorge zu tragen, dass zuerst alle Möglichkeiten einer effizienteren Flächennutzung ausgelotet werden, um wertvolle Naturräume zu schützen. Dabei sollen auch die Eigentümer von Flächen in der Nachbarschaft geprüft und die Möglichkeit einer Einbeziehung erkundet werden.

Bestehende Grundsatzbeschlüsse wie der Flächennutzungsplan oder die Leitplanung zum Weltkulturerbe sind dabei unverändert zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 3.2 Wiederverwertung Gebäudeteile Fachhochschule und Plattenbauten Kramnitz

Vorlage: 17/SVV/0296

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

mit Äa Fraktion DIEaNDERE

(Rücküberweisung/ Wiedervorlage)

Herr Dr. Zöller erläutert zur Rücküberweisung, dass der Antragsteller noch Klärungsbedarf hatte. Diesbezüglich geht er auf eine Stellungnahme von Frau Prof. Mettke von der Brandenburgischen Technischen Universität (BTU) Cottbus zu den Argumenten von Herrn Goetzmann in der Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung am 20.4.2017 ein.

Herr Lehmann (Bereich Stadterneuerung) führt aus, dass eine Wiederverwendung unter den Bedingungen der BTU zwar nicht von der Hand zu weisen sei, jedoch diese Bedingungen (u. a. Verfügbarkeit von Zielprojekten, Lager- und Aufbereitungslogistik) in Potsdam nicht gegeben seien. Darüber hinaus informiert er über den Vorbereitungsstand der Abbruchmaßnahme und die darin eingebundene Bürgerinformation.

Auf die Bitte von Herrn Wartenberg, in diesem Zusammenhang auch auf

Krampnitz einzugehen, macht Herr Lehmann deutlich, dass die Gebäude in Krampnitz seit ca. 25 Jahren der Durchfeuchtung ungeschützt ausgesetzt sind und sich daher eine Wiederverwendung auch ohne nähere Untersuchung ausschließe.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen:

1. Wie die Baumaterialien beim Abriss der Fachhochschule wiederverwendet oder recycelt werden können.
Dabei ist einerseits die direkte Wiederverwendung von Bauteilen zum Bau neuer Gebäude (z.B. Schule, Kindergarten, Funktionsgebäude für Sportplätze) und andererseits das recyceln von Beton und die Beimischung in Frischbeton für öffentliche Neubauten der Stadt Potsdam und ihrer Unternehmen zu berücksichtigen.
2. Wie die Bauteile der Plattenbauten im Entwicklungsgebiet Krampnitz (Aasberg) zum Bau neuer Gebäude (z.B. Schule, Kindergarten, Funktionsgebäude für Sportplätze) wiederverwendet werden können.

Die Ergebnisse sind der Stadtverordnetenversammlung bis September 2017 zu präsentieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	1
Ablehnung:	5
Stimmenthaltung:	1

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

(Die Abstimmung des Änderungsantrages der Fraktion DIE aNDERE vom 4.4.2017 ist mit der Ablehnung des Antrages hinfällig.)

zu 3.3 Potsdam seniorengerecht gestalten

Vorlage: 17/SVV/0452

Fraktion CDU/ANW
GSI, B/Sp., SBV, HA
(Wiedervorlage)

Der Antrag wird zurückgestellt. (sh. Abstimmungen zur Tagesordnung)

**zu 3.4 Bebauungsplan Nr. 158 "Am Küssel" (OT Grube), Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 17/SVV/0528**

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV (ff), OBR Grube

Die Vorlage wird bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung zurückgestellt. (sh. Abstimmungen zur Tagesordnung)

**zu 3.5 Strategieplan für Dach- und Fassadenbegrünung in der Landeshauptstadt
Potsdam**

Vorlage: 17/SVV/0532

Fraktion DIE LINKE
SBV, KOUL (ff)

Herr Berlin bringt den Antrag ein und verliest die Begründung von Herrn Lack, der heute nicht an der Sitzung teilnehmen kann. Hierin bezieht er sich auf die Broschüre „Kommunale Gründach-Strategien – Inventarisierung, Potenzialanalyse, Praxisbeispiele“, herausgegeben von Wolfgang Ansel vom Deutschen Dachgärtner Verband e.V. (DDV). (Abzurufen über: http://www.dachgaertnerverband.de/dachbegruenung_literatur/index.php)

Frau Lippert (Koordinierungsstelle Klimaschutz) führt aus, dass u. a. die Kosten für das Projekt in keinem Verhältnis zu dem geringen Effekt stehen. Bei einer Rückhaltequote von 10 Prozent bei durchschnittlichen Regenmengen und einer Rückhaltequote von lediglich 2 Prozent bei Starkregen sei der erwünschte Effekt gegenüber dem Aufwand zu gering. Grenzen in der Umsetzung erfahre das Projekt u. a. durch zu beachtende Flächen des UNESCO-Welterbes. Zudem sei es oberstes Ziel, Wasser so schnell wie möglich in den Boden einzubringen. Die Verwaltung könne dem Antrag nicht folgen. (die Ausführungen von Frau Lippert liegen dem Protokoll als Anlage bei)

Der Ausschussvorsitzende unterbreitet den Vorschlag zur Geschäftsordnung, den Mitgliedern den Redebeitrag von Frau Lippert sowie die von Herrn Berlin angesprochene Broschüre zur Verfügung zu stellen und den Antrag auf die nächste Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung zurückzustellen. Außerdem soll die Stellungnahme der Verwaltung zu der o.g. Broschüre eingeholt werden, die die Mitgliedern ebenfalls zur Vorbereitung auf die nächste Sitzung erhalten sollen.

Für den Geschäftsordnungsantrag spricht Herr Berlin. Er sieht den Antrag durch die Verwaltung zu einseitig betrachtet und bittet um weitergehende Stellungnahme.

Gegen den Geschäftsordnungsantrag spricht Herr Henning. Er plädiert dafür, den Antrag heute anzudiskutieren, um eine Richtung zu evaluieren.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Zurückstellung und Übersendung des Redebeitrags von Frau Lippert sowie der Broschüre, „Kommunale Gründach-Strategien – Inventarisierung, Potenzialanalyse, Praxisbeispiele“ inklusive Stellungnahme der Verwaltung an die Mitglieder zur Abstimmung.

Er wird einstimmig **angenommen**.

Der Antrag wird auf die nächste Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung zurückgestellt.

zu 3.6 Prozess, Ziele und Strategien des Masterplan 100% Klimaschutz bis 2050

Vorlage: 17/SVV/0537

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
alle OBR

Frau Lippert (Koordinierungsstelle Klimaschutz) bringt die Vorlage ein und erläutert sie anhand einer Präsentation. Sie betont die Dringlichkeit einer heutigen Beschlussfassung, insbesondere um den Erhalt von Fördermitteln nicht zu gefährden.

Herr Jäkel kann sich der Vorlage nicht anschließen. Er kritisiert die enthaltenen Ziele als unrealistisch. Besonders problematisch seien die Festlegungen auf eine 95prozentige Reduzierung der CO₂-Emission sowie auf die Senkung des Endenergieverbrauchs um 50 Prozent. Beides sei schlichtweg unmöglich. Die Aussagen in der Anlage 1 hält er für unrealistisch bis falsch. Konkret bezweifelt er z. B. die Aussage, „Potsdam als Stadt der kurzen Wege“. Arbeitswege würden im Gegenteil immer länger. Er kann der Vorlage nicht zustimmen.

Herr Walter kann diese Einschätzung nicht teilen und stehe hinter der Arbeit der Verwaltung. Viele der Aussagen seien wissenschaftlich belegt. Die Vorlage müsse beschlossen werden.

Herr Piest hält die Ziele und Visionen für fundiert und wichtig. Die Vorlage sollte beschlossen werden, um dem Masterplan-Gutachten eine Chance zu geben.

Herr Berlin macht deutlich, dass die Ziele in Sachen Klimaschutz nicht hoch genug gesteckt werden können. Obwohl die Ziele in Teilen sicherlich unrealistisch seien, sollte der Vorlage zugestimmt werden.

Herr Kuppert räumt ein, dass die Bearbeitung dieses Themenkomplexes zwar mit viel Arbeit verbunden ist, die Vision aber für die Zukunft unabdingbar sei. Auch wenn Potsdam global betrachtet nur sehr geringen Einfluss auf den Klimaschutz nehmen kann, soll und muss die Landeshauptstadt ihren Beitrag leisten. Für nachfolgende Generationen und für den Planeten, von dem wir nur diesen einen haben, habe der Klimaschutz höchste Priorität.

Herr Henning räumt ein, dass man realistisch bleiben müsse. Dieses Konzept könne nur ein Versuch sein. Das Ziel teilt er uneingeschränkt, wieviel sich hiervon letztlich umsetzen lässt, müsse abgewartet werden.

Herr Rietz merkt an, dass es sich hier vielfach um Visionen handelt, die man

haben muss; auch wenn die Realität mitunter anders aussehe. Kritisch sieht er jedoch die Festlegung von bestimmten Positionen, wie sie in der Anlage 1 enthalten seien. Er beantragt daher folgende Passagen zu streichen bzw. zu ändern:

Anlage 1, Seite 1: „Im ganzen Stadtgebiet kommt grüne Fernwärme zum Einsatz,...“ Hier ist zu relativieren, da in dünn besiedelten Bereichen Fernwärme nicht das Ziel sein kann.

Anlage 1, Seite 2: Streichung des Halbsatzes, „Die Diskussion über Ausweitung von Straßenquerschnitten oder den dritten Havelübergang der 2010er Jahre sind überkommen -“.

Herr Rubelt macht noch einmal deutlich, dass so ein Handlungsplan für die Zukunft unabdingbar sei. Der Klimawandel muss Beachtung finden. Der Masterplan stellt hierbei ein wichtiges Instrument dar, welches für die Zukunft unabdingbar sei. Die Landeshauptstadt habe sich verschiedene Konzepte sowie ein Leitbild gegeben, welche u. a. mittels dieses Instrumentes umgesetzt würden. Demzufolge sei hier nicht nur die Rede von Visionen, sondern von notwendigen Zielen.

Frau Lippert sagt zu, die von Herrn Rietz gewünschte Streichung zur Fernwärme vorzunehmen. Auch gegen die Streichung in Bezug auf den Havelübergang hat sie keine Einwände, sofern sie gewünscht werde.

Herr Jäkel spricht sich für die vorgeschlagenen Streichungen aus. Ihm gehen diese jedoch nicht weit genug. Das Planziel sollte realistischer gefasst werden. Konkret geht es ihm um die 95prozentige Reduzierung der CO₂-Emission und die 50prozentige Senkung des Energieverbrauchs. Beide Zahlen sollen korrigiert werden.

Herr Dr. Zöllner verweist darauf, dass die 95- und 50 Prozent durch den Fördermittelgeber vorgegeben seien. Sie zu reduzieren, würde bedeuten, sich gegen den Erhalt der Fördermittel auszusprechen.

Herr Weyer (Geschäftsführer Luftbild-Umwelt-Planung [LUP] GmbH) bestätigt als Koordinator des Gutachtens die Vorgabe der 95- und 50 Prozent durch den Bund. Er ruft die Aussage aus dem Gutachten in Erinnerung, dass Potsdam diese vorgegebenen Ziele nicht erreichen könne, dem aber nahe komme und macht deutlich, dass das Gutachten sehr wohl realistisch sei. Er räumt ein, dass das Jahr 2050 als festgelegter Zeitpunkt zum Erreichen der Ziele weit weg sei und man nicht uneingeschränkt in die Zukunft schauen könne. Im Fokus stehe deswegen auch die Inganghaltung des Verstetigungsprozesses, wozu vorrangig zu klären sei, was in den einzelnen Quartieren ermöglicht werden kann.

Der Ausschussvorsitzende verweist auf die enge Zeitschiene, weswegen heute über die Vorlage abgestimmt werden sollte. Zwar hätte die Vorlage noch nicht in allen Ortsbeiträgen (OBR) behandelt werden können (Groß Glienicke, Marquardt und Uetz-Paaren), jedoch werde den OBRen im Klimarat am 5.9. noch einmal die Gelegenheit eingeräumt, zu der Vorlage Stellung zu nehmen.

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass Frau Lippert die Streichung des Passus zur Fernwärme (Seite 1 der Anlage 1) bereits bestätigt hat und stellt den Änderungsantrag, den Halbsatz, „Die Diskussion über Ausweitung von Straßenquerschnitten oder den dritten Havelübergang der 2010er Jahre sind überkommen –“, auf der Seite 2 der Anlage 1 zu streichen, zur Abstimmung.

Er wird mit 3:4:0 abgelehnt.

Herr Dr. Zöller bringt den Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein und begründet ihn.

„Im Rahmen der Umsetzung des Masterplans 100% Klimaschutz ist zu prüfen, ob bzw. wie im Bereich des Controllings die Expertise der Tandemkommune Hannover genutzt werden kann.“

Der Ausschussvorsitzende stellt den Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Rahmen der Umsetzung des Masterplans 100% Klimaschutz ist zu prüfen, ob bzw. wie im Bereich des Controllings die Expertise der Tandemkommune Hannover genutzt werden kann.

Er wird mit 5:0:2 **angenommen**.

Der Ausschussvorsitzende stellt die geänderte Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- 1.) Der Prozess auf dem Weg zu einer klimaneutralen Landeshauptstadt bis 2050 wird weiterverfolgt. Ziel bleibt die Reduzierung der CO₂-Emissionen um 95% und des Endenergieverbrauchs um 50% gegenüber 1990. Die Stadt strebt an, ihre auf kommunaler Ebene möglichen Beiträge dazu zu leisten und erwartet, dass wesentliche rechtliche und wirtschaftliche Grundlagen hierfür auf den Ebenen von Bund und Land sowie international geschaffen werden.
- 2.) Die technisch, wirtschaftlich, ambitionierten Ziele und die dafür erforderlichen Strategien, gemäß Anlage1, bilden den Ordnungsrahmen der künftigen Klimaschutzpolitik der Landeshauptstadt.
- 3.) Es ist eine Arbeitsgruppe zu bilden, welche die Strategien innerhalb eines Jahres mit bestehenden übergeordneten rechtlichen Rahmen (z.B. Energieeffizienzrichtlinie, EWG, EnEV, EEG usw.) sowie beschlossenen städtischen Konzepten (z.B. Leitbild, Stadtentwicklungskonzepte Wohnen und Gewerbe usw.) abgleicht. Mitglieder sollen Vertreter aller Geschäftsbereiche,

der kommunalen Unternehmen, des Eigenbetriebs und der Stadtverordnetenversammlung sein.

Es sind Zielindikatoren, Zielkorridore, Zielkonflikte mit Abwägungsvorschlägen und Verantwortlichkeiten darzustellen. Es ist aufzuzeigen, wie die Strategien in den Verwaltungsvollzug eingeordnet werden können, welche personellen und finanziellen Ressourcen hierfür erforderlich sind, welche Förderunterstützung durch Land, Bund und EU bei welchen Eigenanteilen der Stadt hierfür erwartet werden und welche Förderunterstützung zur wirtschaftlichen und sozialverträglichen Umsetzung notwendig wäre.

Das Ergebnis ist der SVV im IV-ten Quartal 2018 vorzulegen.

- 4.) Es ist durch die Arbeitsgruppe ein Standard für die jährliche Berichterstattung zu den Hauptthemen je Handlungsfeld und Akteur und für ein Monitoring des Gesamtprozesses alle fünf Jahre zu entwickeln.

Grundlage bildet das in der Strategie (Anlage1) beschriebene Controlling. Es sind Instrumentarien zu entwickeln, die differenziert nach den unterschiedlichen Handlungsfeldern und Verantwortlichkeiten Umsetzungserfolge messen und belegen lassen und die Kooperation der Akteure zur Zielerreichung unterstützen.

Das Ergebnis ist der SVV im IV-ten Quartal 2018 vorzulegen.

- 5.) Im Rahmen der Umsetzung des Masterplans 100% Klimaschutz ist zu prüfen, ob bzw. wie im Bereich des Controllings die Expertise der Tandemkommune Hannover genutzt werden kann.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4

Ablehnung: 1

Stimmenthaltung: 2

zu 3.7 Kennzeichnung von Stadtteilen an Hauptverkehrsstraßen

Vorlage: 17/SVV/0559

Fraktion CDU/ANW

SBV

Herr Rietz bringt den Antrag ein und erläutert ihn.

Herr Volkmann (Bereich Verkehrsentwicklung) kann dem Antrag im Großen und Ganzen folgen. Bereits in der 2010 erstellten Wegweisungskonzeption wurde die fehlende Kennzeichnung von Stadtteilen festgestellt und entsprechende Handlungsempfehlungen vorgeschlagen. Folgende ausgewählte Stadtteile sollen ausgewiesen werden: Alt-Drewitz, Am Stern, Babelsberg, Bornim, Bornstedt, Drewitz, Eiche, Golm, Hermannswerder, Kirchsteigfeld, Nedlitz, Schlaatz sowie Waldstadt. Ortsteile mit eigenen Ortstafeln sind hiervon ausgenommen. Da ein entsprechendes Konzept vorliegt, sollte der letzte Satz des Antrags gestrichen werden.

Herr Rietz übernimmt diesen Vorschlag für den Antragsteller und streicht den Satz des Antrags, „Ein entsprechendes Konzept ist bis Oktober 2017 vorzulegen.“.

Herr Walter erkundigt sich, ob das Wegweisungskonzept im Ratsinformationssystem (RIS) zugänglich ist.

Herr Volkmann weist darauf hin, dass es sich hierbei um ein Arbeitskonzept der Verwaltung handelt, das nicht im RIS hinterlegt ist. Die entsprechenden Informationen können aber zusammengetragen und als Anlage zum Protokoll gegeben werden.

Herr Henning äußert Bedenken hinsichtlich eines Übermaßes an Beschilderung in der Stadt.

Herr Volkmann verweist darauf, dass Ortsteile, die bereits ausgeschildert seien, keine zusätzliche Beschilderung erhalten.

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf den Hauptverkehrsstraßen die Stadtteile in geeigneter Weise durch eine Beschilderung zu kennzeichnen. ~~Ein entsprechendes Konzept ist bis Oktober 2017 vorzulegen.~~

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.8 Ergebnisse Prüfauftrag - Vergünstigungen im Nahverkehr bei erhöhten Luftschadstoffen

Vorlage: 17/SVV/0517

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
(Mitteilungsvorlage)

Herr Volkmann (Bereich Verkehrsentwicklung) führt zur Mitteilungsvorlage aus, dass mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung (17/SVV/0169) vom 1.3.2017 der Oberbürgermeister beauftragt wurde, mit der Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH (ViP) zu prüfen, inwieweit ein Umsteigen auf den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) bei erhöhten Luftschadstoffen mit verschiedenen finanziellen Vergünstigungen für Tickets innerhalb der Landeshauptstadt Potsdam attraktiver gestaltet werden kann. Beispielsweise durch die Einführung eines „Feinstaub-Tickets“ durch die ViP.

Herr Volkmann weist darauf hin, dass die dem Stuttgarter Modellversuch zum Feinstaubalarm zu Grunde liegenden Luftschadstoffprobleme nicht mit Potsdam vergleichbar seien, da Potsdam kein Feinstaubproblem mit Tagesgrenzwerten habe, sondern ein Problem mit der regelmäßigen Überschreitung des

Grenzwertes für den Jahresmittelwert von Stickstoffdioxid. Zur Vermeidung der Grenzwertüberschreitung seien kontinuierlich wirkende Maßnahmen notwendig. Angestrebt werde deshalb, Fahrgäste ganzjährig und langfristig an den ÖPNV zu binden. Die Einführung eines „Feinstaubtickets“ werde auf Grund des nicht zu definierenden Eintrittsfalls sowie damit verbundener Umstellungskosten bei der Vertriebstechnik und der Gültigkeit des Tickets nur während der Zeiten eines Alarms als nicht geeignet erachtet.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Mitteilungsvorlage DS 17/SVV/0517 zur Kenntnis.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

Keine.

zu 5 Sonstiges

Herr Henning bezieht sich auf die Rasenfläche vor dem Landtagsgebäude (Steubenplatz) und erkundigt sich, warum diese nicht bereits zur Schössernacht, sondern erst danach, gemäht worden sei.

Im Nachgang zur Sitzung teilt die Verwaltung mit, dass die betreffende Rasenfläche bis zum 23.08.2017 durch die ProPotsdam GmbH verwaltet und der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) erst zu diesem Datum übergeben wurde. Der bis dahin ungepflegte Zustand der Anlage resultierte aus Unstimmigkeiten der ProPotsdam mit ihrer dort zur Pflege beauftragten Gartenbaufirma.

Klaus Rietz
Stellv. Ausschussvorsitzender

Franziska Anhoff
Niederschrift